

Ökoprojekt Das Fachmagazin für Umweltförderungen

Klimaschutz-Ausgabe – Schwerpunkt EU



Ökoprojekt Das Fachmagazin für Umweltförderungen

Klimaschutz-Ausgabe – Schwerpunkt EU

Impressum:

Medieninhaber und Herausgeber: Kommunalkredit Public Consulting GmbH, Türkenstraße 9, 1090 Wien

Tel.: 01 31631-0, Fax-DW: 104, Mail: kpc@kommunalkredit.at, DVR: 2109778
In Kooperation mit dem Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie,
Mobilität, Innovation und Technologie (BMK)

Radetzkystraße 2, 1030 Wien

Redaktion: Kommunalkredit Public Consulting GmbH Redaktionsanschrift: Ökoprojekt, c/o Kommunalkredit Public Consulting GmbH, Türkenstraße 9, 1090 Wien

Chefredaktion und Projektleitung: Selma Herco

Autorinnen und Autoren dieser Ausgabe (alphabetische Reihung): KPC: Selma Herco, Philipp Wiefler

ÖROK: Claudia Anreiter, Markus McDowell, Johannes Rossbacher

BMK: Maria Glaser, Gottfried Lamers, Maximilian Mansbart, Nora Mitterböck, Armin Pecher, Isabella Plimon, Katharina Uhl, Paula Wagner, Brigitte Weiß

BMLRT: Markus Hopfner

Bildnachweis: Cover – 2018 grafxart/Shutterstock

Seite 3 – Cajetan Perwein / 2019 Julia Ardaran/Shutterstock

Seite 10/11 – Holzwärme Flachau GmbH Seite 12/13 – Zimmerei Koller GmbH Seite 14 – Sophia Auly, sophisticated pictures Seite 18 – 2021 Eva Pruchova/Shutterstock Seite 23 – Waldrappteam Conservation & Research

Seite 24 – Wiener Wildnis/MA 45 Seite 25 – LIFEstockProtect © 2021

Gestaltung: glanzlicht GmbH, 1050 Wien

Auflage: 3.500 Stück

Erscheinungsweise: 2 x jährlich

Ökoprojekt Ausgabe 1/2021

Die Gastbeiträge müssen nicht die Meinung des Herausgebers wiedergeben.

Alle Rechte vorbehalten. Wien 2021

Redaktionsschluss: September 2021

VORWORT DER BUNDESMINISTERIN



2020 jährte sich der Beitritt Österreichs zur Europäischen Union zum 25. Mal – ein guter Anlass, einige wichtige Programme für Impulse zur Beschäftigung, zum Wachstum und für Investitionen im Klimaund Umweltschutzkontext vor den Vorhang zu holen.

Die Umweltförderung, das zentrale Förderinstrument des Klimaschutzministeriums für konkreten Klimaund Umweltschutz, setzt seit 1995 europäische Mittel zur Kofinanzierung von österreichischen Umweltprojekten ein. Sie hat sich seither zu einem wichtigen Instrument bei der nationalen Umsetzung sowohl des Europäischen Fonds für die Ländliche Entwicklung (ELER) als auch des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) entwickelt.

Bisherige Anläufe zur Vereinfachung der Abwicklung haben für Begünstigte, Abwicklungsstellen und Programmbehörden keine spürbaren Verbesserungen gebracht. Deswegen hat das Klimaschutzministerium in Zusammenarbeit mit der ÖROK und der KPC ab Ende 2017 die Vorbereitungen zur pilotären Einführung eines "Output Based Approach" in der Umweltförderung unterstützt. Daraus ist im Mai 2019 ein Delegierten Rechtsakt (2019/694) der Europäischen Kommission entstanden, der für Projekte in den Bereichen Energieeffizienz und Energie aus erneuerbaren Quellen die notwendigen rechtlichen Voraussetzungen auf europäischer Ebene

schuf. Mit diesem Ansatz ist eine Vereinfachung der vorher oft mühsamen Abwicklung geglückt.

Auch andere EU-Förderungsprogramme wie Horizon Europe, der EU-Innovationsfund oder LIFE bestätigen, wie treffsicher EU-Gelder eingesetzt werden und zeigen, dass die regionalen wirtschaftlichen Unterschiede seit dem EU-Beitritt 1995 abnehmen.

Und darin liegt ein wesentlicher Schlüssel zum Erfolg im Kampf gegen die Klimakrise. Es geht darum, dass wir gemeinsam an einer modernen und zukunftsfitten Wirtschaft arbeiten. Entscheidend ist die enge Zusammenarbeit von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft – global wie auch national

Leonore Gewessler

Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie



EDITORIAL

Europa fängt nicht in Brüssel oder in Wien an, sondern da wo wir Projekte umsetzen und politische Debatten führen, wo wir leben und arbeiten: in der Region. Dort wo europäische Verantwortung vor Ort stattfindet, und auch dort, wo selbst in unsicheren Zeiten Innovation stattfindet.

Österreich ist nun über 26 Jahre Mitglied der Europäischen Union. Mehr als ein Viertel Jahrhundert denken und handeln wir europäisch, national, regional und lokal zugleich. Der EU-Beitritt Österreichs 1995 markiert einen Meilenstein, der Unternehmen und Menschen spürbare Vorteile brachte. So ist der Euro beispielsweise heute die Währung von 19 EU-Ländern mit über 340 Millionen Bürgerinnen und Bürgern und die zweitwichtigste Währung der Welt. Es ist auch die EU, die Österreich mit einem 3,5 Milliarden Euro schweren Förderinstrument im Zuge der Corona-Krise unterstützt. Und an dieser Stelle darf ich Ursula von der Leyen, Präsidentin der EU-Kommission zitieren:

Im Klima- und Umweltschutz-Kontext hat Österreich seit 1995 bisher von unzähligen Projekten profitiert. Die Umweltförderung spielt hier eine zentrale Rolle: Sie holt im Rahmen von EU-Förderungsprogrammen EU-Gelder nach Österreich, fördert die regionale Wertschöpfung und schafft und sichert Arbeitsplätze. Ein paar dieser Programme sowie zahlreiche konkrete Beispiele warten in dieser Ausgabe vor den Vorhang geholt zu werden.

Ich wünsche eine spannende Lektüre, bleiben Sie bitte gesund!

Selma Herco
Chefredakteurin Ökoprojekt

Es ist das größte Konjunkturprogramm in Europa seit dem Marshallplan nach dem Zweiten Weltkrieg. Next Generation EU ist zudem ein wichtiger Hebel zur Umsetzung der neuen Wachstumsstrategie, des European Green Deals.

Durch die Aufteilung der Zuständigkeiten für Förderungen im Rahmen des Umweltförderungsgesetzes (UFG) auf das Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie (BMK) sowie das Bundesministerium für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus (BMLRT) wird es zukünftig jeweils eine Klimaschutz-Ausgabe des BMK, und eine Umweltschutz-Ausgabe des BMLRT des Ökoprojekt-Magazins geben.

INHALT

Vorwort der Bundesministerin	3
Editorial	4
Leitartikel: Der EU-Aufbau und Resilienzplan	6
ELER: Nachhaltigkeit im ländlichen Raum unterstützen	8
EFRE: Investitionen für nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung	9
Projektbeispiele	10
ELER-Förderung: Fernwärmeprojekt der Holzwärme Flachau	10
EFRE-Förderung: Wärmerückgewinnung der Zimmerei Koller	12
Experteninterview mit Johannes Rossbacher	14
Weitere EU-Programme:	19
Horizont Europa	19
IPCEI	20
LIFE	21
EU-Innovationsfonds	26
Wussten Sie, dass	28
Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner	29

4 Editorial Inhalt

DER EU-AUFBAU- UND RESILIENZPLAN

COMEBACK MIT SCHWERPUNKT KLIMASCHUTZ

Die Corona-Pandemie hat uns alle vor große Herausforderungen gestellt – in gesundheitspolitischer, gesellschaftlicher und ökonomischer Hinsicht. Die Europäische Union hat rasch reagiert und mit "Next Generation EU (NGEU)" ein 750 Milliarden Euroschweres Wiederaufbauinstrument auf den Weg gebracht. Herzstück dabei ist die Aufbau- und Resilienzfazilität (RRF). Österreich bekommt aus der RRF nach aktuellem Stand rund 3,5 Milliarden Euro. Die Bundesregierung hat einen Plan erarbeitet, der

die EU-Ziele im Bereich Klimaschutz und Digitalisierung deutlich übertrifft. Insgesamt sieht der österreichische Aufbau- und Resilienzplan Maßnahmen in einem Gesamtvolumen von 4,5 Milliarden Euro vor, wobei 46 % für Klimaschutz und 41 % für Digitalisierung aufgewendet werden. Zudem investiert Österreich in Bildung, Forschung und Nachhaltigkeit, stärkt dabei die österreichische Wirtschaft, Regionen und Gemeinden und sichert unzählige Arbeitsplätze.

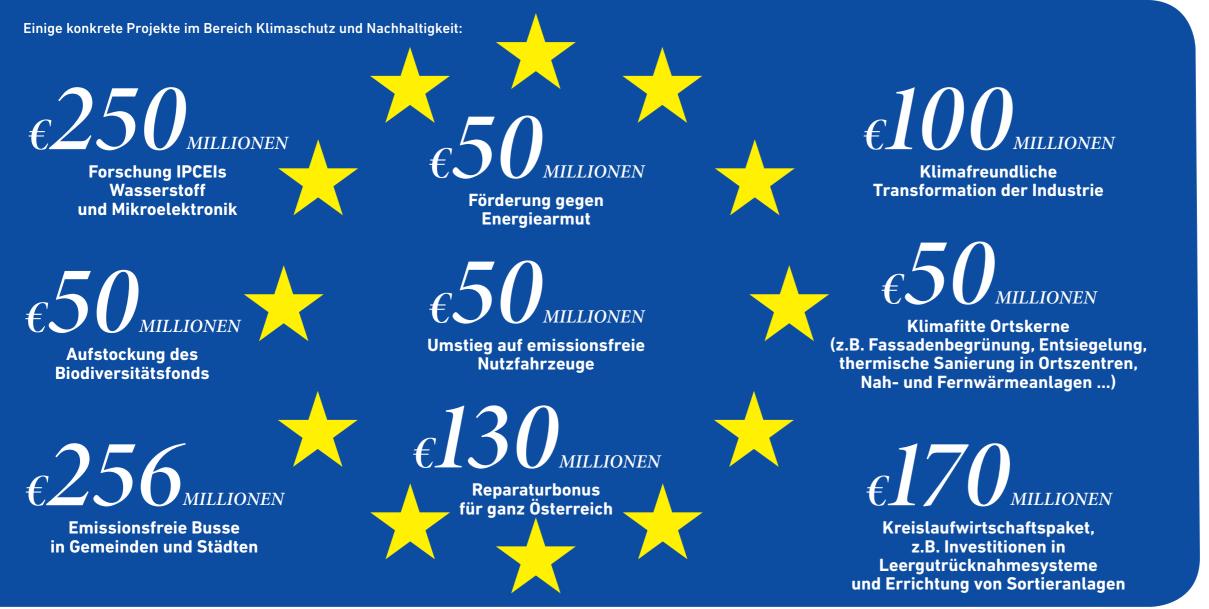
Darüber hinaus verstärken Reformen in den vier Komponenten ("Nachhaltiger, Digitaler, Wissensbasierter und Gerechter Aufbau") die jeweiligen Investitionen. Paradebeispiel dabei ist die soeben beschlossene Ökologisch-soziale Steuerreform. Die Richtlinien und Förderschienen der RRF-Projekte werden derzeit mit Hochdruck erarbeitet. Die Abwicklung wird über bewährte Abwicklungsstellen erfolgen.

Nähere Infos zu den Projekten und dem österreichischen Aufbau- und Resilienzplan finden Sie hier:

www.bundeskanzleramt.gv.at/eu-aufbauplan.html

Der österreichische Aufbauplan ist somit ein wichtiges Paket für das Klima und für eine zukunftsfitte österreichische Wirtschaft. Mit mehr als 1 Milliarde Euro Investitionen trägt er dazu bei, Österreich zum Vorreiter im Klimaschutz zu machen.

Stv. Kabinettschefin Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie



Der EU-Aufbau- und Resilienzplan

ELER:

NACHHALTIGKEIT IM LÄNDLICHEN RAUM UNTERSTÜTZEN

Der Politikbereich "Ländliche Entwicklung" wird in Österreich seit vielen Jahren erfolgreich implementiert und ist mit einer Dotierung von über 1,1 Milliarden Euro pro Jahr das zentrale Element der "Gemeinsamen Agrarpolitik" (GAP) in Österreich. Ab dem Jahr 2023 wird die aus dem ELER finanzierte ländliche Entwicklung im Rahmen des österreichischen GAP-Strategieplans umgesetzt werden. Die im Sommer 2021 vereinbarten EU-Rechtsgrundlagen sehen Strategiepläne für alle Mitgliedstaaten vor, wobei diese der Europäischen Kommission noch im Jahr 2021 zur Genehmigung vorzulegen sind.

Der österreichische GAP-Strategieplan wird in einem breiten Erstellungsprozess erarbeitet. Erschwert wurden die Arbeiten durch die späten Festlegungen auf EU-Ebene. Nun liegen aber weit entwickelte Entwürfe der Grundlagen und der Interventionen vor.

Im Zentrum der ländlichen Entwicklung werden wie bisher Maßnahmen für die Land- und Forstwirtschaft stehen. Mit dem Agrarumweltprogramm ÖPUL und der Unterstützung der Bewirtschaftung von Bergregionen und benachteiligten Gebieten werden – wie in der Vergangenheit – zentrale Instrumente angeboten werden.

Die ELER-Finanzierung wird aber wie bisher weit über die Land- und Forstwirtschaft hinausgehen. Innovation, Ortskernstärkung, Leerstandsnutzung, aber auch eine Vielzahl an ökologischen Interventionen sollen die nachhaltige Entwicklung der ländlichen Regionen vorantreiben. Dazu kommen bewährte Instrumente wie Naturschutz oder in Kooperation mit dem Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie umgesetzte Interventionen wie Investitionen in erneuerbare Energien oder für klimafreundliche Mobilitätslösungen. Neu ist ein Fokus auf gewässerökologische Verbesserungen.

Bis Ende des Jahres geht es darum, die Gestaltung und Dotierung der Interventionen fachlich und politisch abzustimmen. Das Jahr 2022 wird einerseits im Zeichen des Genehmigungsverfahrens des GAP-Strategieplans durch die Europäische Kommission stehen, andererseits wird von der Zahlstelle Agrarmarkt Austria an einer digitalen Förderplattform für eine effektivere Implementierung gearbeitet. In Summe wird mit dem Gesamtpaket die nachhaltige Entwicklung des ländlichen Raums in Österreich wesentlich vorangebracht.

DI Markus Hopfner

Leitung Abteilung II/2: Koordination Ländliche Entwicklung und Fischereifonds Bundesministerium für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus

EFRE:

INVESTITIONEN FÜR NACHHALTIGES WACHSTUM UND BESCHÄFTIGUNG UNTERSTÜTZEN

Die nächste EU-Programmperiode, die aufgrund von COVID-19 und dem Übergangsprogramm REACT-EU im Jahr 2022 starten wird, setzt die Schwerpunkte "grün" und "digital". Damit folgt man den Zielen des "Green Deals", der neuen, auf Nachhaltigkeit ausgerichteten, europäischen Wirtschaftsstrategie, die zur Erreichung der Klimaziele beitragen soll.

In Österreich braucht es noch erhebliche Anstrengungen und zusätzliche Maßnahmen, um das Ziel zur Treibhausgas (THG)-Reduktion für 2030 (36 % weniger als 2005) zu erreichen. Der Endenergieverbrauch hat 2019 mit 1.140 PJ den Zielwert von 1.050 PJ für 2020 gemäß Energieeffizienzgesetz überschritten. Annährend 30 % des Verbrauchs entfallen dabei auf den produzierenden Sektor.

Daher soll gemäß "Nationalem Klima- und Energieplan Österreichs" im Sektor Industrie durch die weitere Forcierung von Energieeffizienzmaßnahmen sowie durch die umfassende Umstellung auf erneuerbare Energieträger ein wesentlicher Innovationsschub ausgelöst werden. Energieeffizienzmaßnahmen zählen dabei zu den volkswirtschaftlich günstigsten Vermeidungshebeln von THG-Emissionen und stehen daher an vorderster Stelle.

Hier wird das Programm "Investitionen in Beschäftigung und Wachstum", das aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE), dem Just Transition Fund (JTF) und nationalen Mitteln finanziert wird, ansetzen. Neben einer forcierten Nutzung digitaler Technologien setzt das Programm auf den Übergang in nachhaltige Wirtschaft, Ressourceneffizienz und Ökoinnovationen.

Als besonderer Schwerpunkt im EFRE erfolgt die "Förderung von Energieeffizienz und THG-Reduktion", was über eine stärkere Nutzung klimarelevanter Technologien und Dienstleistungen erreicht werden soll.

Da der Industriesektor eine der großen Verursachungsquellen ist, werden investive Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz im betrieblichen Bereich den Schwerpunkt bilden. Daneben treffen auch entsprechende Investitionen in bzw. durch Gemeinden auf besonders hohes Einsparungspotential und können durch Vorbildwirkung die Verbreitung entsprechender Technologien beschleunigen.

Was ist der JTF?

Mit dem Just Transistion Fund (JTF) wurde ein neuer Fonds eingerichtet, der dazu beiträgt, den Übergang zur Klimaneutralität gerechter zu gestalten. Die Umstellung von Kohlegruben und deren Konversion sind idealtypische Bilder, an denen sich die Europäische Kommission orientiert. Österreich hat den Ausstieg aus der Kohle und der Kohlestrom-Erzeugung bereits vor einiger Zeit bewerkstelligt. Es geht daher um einen weiterführenden Schritt und um eine proaktive Unterstützung der Unternehmen auf ihrem Weg in Richtung Klimaneutralität und Diversifizierung in neue Geschäftsfelder mittels Ökoinnovationen. Der JTF wird auf Regionen mit besonders THG-intensiven Industrien konzentriert werden. In Österreich erfolgt die Abwicklung des JTF über die Bundesländer.

Die Umweltförderung im Inland (ein Förderungsinstrument des Bundesministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie (BMK) stellt für den EFRE eines der wichtigen Umsetzungsinstrumente in Österreich dar: Die Förderung der Investitionen wird positiv auf Ressourcenund Energieproduktivität wirken, treibt die Dekarbonisierung voran und unterstützt den Weg Österreichs und seiner Regionen hin zu einem effizienten und klimaneutralen Wachstumspfad.

DI Markus McDowell

Leiter Verwaltungsbehörde IWB/EFRE-Programm 2014-2020 bei der ÖROK-Geschäftsstelle







PROJEKTBEISPIELE

Ein Beispiel wie die Umweltförderung im Inland des BMK erfolgreich ELER-Mittel nach Österreich holt

HOLZWÄRME FLACHAU – DAS VORHANDENE NUTZEN, MEHR ENERGIE AUS WENIGER BIOMASSE

Die 2006 gegründete Holzwärme Flachau ist mittlerweile mit über 400 Wärmekunden und einer Gesamtwärmeleistung von 9,7 Megawatt eines der größten und auch energieeffizientesten Biomasseheizwerke in Salzburg. 2010 konnten mit Unterstützung von kompetenten Optimierungspartnern und Förderungen des Landes Salzburg und der KPC umfangreiche Optimierungsmaßnahmen zur nachhaltigen Ressourceneinsparung umgesetzt werden. Zur Erhöhung der Versorgungssicherheit wurde die Anlage 2020 um ein Notstromaggregat erweitert. Seit Bestehen der Holzwärme Flachau konnten bereits rund 39 Millionen Liter Heizöl in Flachau eingespart werden. Dies entspricht einer CO2-Einsparung von 114 Millionen Tonnen.

Durch Kundenrücklauftemperaturoptimierungen, Verbrennungsoptimierungen, den Einbau von Pufferspeichern, der Erweiterung der Rauchgaskondensation, den Einbau einer Industriewärmepumpe und einer Kondensatreinigungsanlage mit Wärmerückgewinnung für Freiflächenheizung sowie den Einbau einer Rezirkulation für primäre und sekundäre Verbrennung und die Erneuerung der Kundenvisualisierung wurden umfangreiche Optimierungsmaßnahmen umgesetzt.





Die Ergebnisse können sich sehen lassen: Alle diese Maßnahmen bewirkten trotz Steigerung des Gesamtabsatzes von 24,9 GWh auf 30,3 GWh eine Reduktion des Biomasseverbrauchs von 7.500 Atro-Tonnen auf 7.200 Atro-Tonnen, eine Reduktion des Heizölverbrauchs von 250.000 Liter auf 30.000 Liter, eine Erhöhung der rückgewonnenen Kondensationsenergie von 7 % auf 19 %, eine Reduktion des Stromverbrauchs um 24 %, und trotz Erweiterung des Leitungsnetzes eine Reduktion des Netzverlustes von 19 % auf 13 %. Durch die nachgeschaltete Industriewärmepumpe konnte die Wärmerückgewinnung sogar noch von 19 % auf über 30 % erhöht werden. Der Gesamtanlagenwirkungsgrad wurde somit 2020 gegenüber 2010 von 69 % auf 89 % erhöht.

Durch diese Optimierungsmaßnahmen werden jährlich rund 10 Millionen KWh Energie eingespart. Dies entspricht einer jährlichen Energieersparnis von 175 LKW-Sattelzügen an Biomasse.

Durch das Projekt, welches durch Mittel des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER), des Bundes und des



Landes Salzburg kofinanziert wurde, konnte das Fernwärmenetz am Standort Flachau um zehn weitere Abnehmer erweitert werden.

Gemeinsam mit dem bestehenden Ausbau können dadurch jährlich rund 33.373 MWh Wärme verkauft werden, die Gesamteffizienz des Projekts liegt mit fast 87 % deutlich über dem geforderten Wert von 75 %. Die bestehenden Biomasseheizkessel versorgen die Anlage mit thermischer Energie. Als zusätzlicher Brennstoff kommt Waldhackgut zum Einsatz. Die Versorgung mit zusätzlichem Brennstoff kann im Rahmen der bestehenden Brennstoff-Lieferverträge sichergestellt werden. Der jährliche Bedarf an Heizöl für den Spitzenlastkessel beträgt unverändert rund

51.412 Liter. Nachdem der Waldhackgutanteil über 80 % des Gesamtbiomassebedarfs liegt, und die Brennstoffanlieferung innerhalb von 50km erfolgt, wurde für das Förderungsprojekt zusätzlich ein Nachhaltigkeitszuschlag vergeben.



10 Projektbeispiele

PROJEKTBEISPIELE

Ein Beispiel wie die Umweltförderung im Inland des BMK erfolgreich EFRE-Mittel nach Österreich holt

ZIMMEREI KOLLER GMBH – KLIMAFREUNDLICHE WÄRME-RÜCKGEWINNUNG VON GENERATIONEN FÜR GENERATIONEN

Die Zimmerei Koller GmbH betreibt in Söll in Tirol einen holzverarbeitenden Betrieb in der 4. Generation. Tradition, Handwerk und Holz sind seit jeher Familiensache. Mit viel Liebe zum Detail werden die gewünschten Holzkonstruktionen geplant, die anschließend mit Hilfe des hochmodernen Maschinenparks sauber und

genau in die Tat umgesetzt werden. Holzbau und Nachhaltigkeit auch in technischen Fragen miteinander in Einklang zu bringen, war neben der Energieeinsparung ein wesentliches Entscheidungskriterium für die Umsetzung eines umfangreichen Projekts.

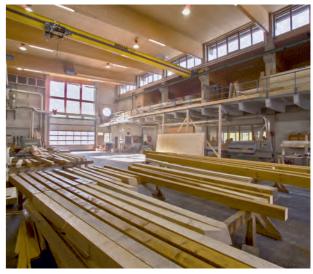
Für uns ist es von zentraler Bedeutung, als regionales Unternehmen einen sauberen, ökologischen Fußabdruck zu hinterlassen. Die Zusammenarbeit mit der Förderstelle war entgegenkommend, der bürokratische Aufwand ist jedoch nicht zu unterschätzen!











In einem ersten Schritt wurde die Werkstatt umgebaut und vergrößert. Es wurden zusätzliche Maschinen angeschafft und eine neue Absauganlage installiert. Das bei den Bearbeitungsmaschinen abgesaugte Späne-Luftgemisch gelangt über das Absaugrohrleitungsnetz in die Filteranlage, welche die Trennung der Feststoffe von der Luft übernimmt. Im Gegensatz zu herkömmlichen Überdruckanlagen besitzt diese Anlage nur einen Ventilator, der auf der Reinluftseite des Filters sitzt und den erforderlichen Volumenstrom für die Absaugung aufbringt. Die Anlage ist mit einer Leistungsregelung ausgestattet, die den Druckzustand im Leitungssystem misst, und anhand dessen die Drehzahl des Ventilators über einen Frequenzumrichter dem jeweiligen Betriebszustand anpasst. Dadurch wird die Anlage immer im optimalen Betriebspunkt gefahren, was erhebliche Energieeinsparungen bringt.

Dadurch ist es nun möglich, die saubere Luft wieder in die Werkstatt bzw. Abbundhalle zurückzuführen. Die Erweiterung der Abbundhalle auf das doppelte, sowie die etlichen zusätzlich angeschafften Maschinen, machten eine leistungsstärkere Absauganlage notwendig. Die Rückführung der Luft ist besonders in der Heizperiode sehr wichtig und interessant. Dadurch konnte das Aufheizen der Frischluft minimiert werden, wodurch die eigene Hackschnitzelanlage nur noch 8.400 kWh im Jahr, statt vormals 76.805 kWh im Jahr beitragen muss. Somit wurde eine Reduktion der benötigten Hackschnitzel um 89 % erreicht.

Durch das Förderungsprojekt, welches durch Mittel des IWB/EFRE Regionalprogramms Österreich (Europäischer Fonds für regionale Entwicklung), der Umweltförderung im Inland und des Landes Tirol kofinanziert wurde, wird eine jährliche CO₂-Einsparung von rund 21 Tonnen erzielt.

EXPERTENINTERVIEW



Mag. Johannes Rossbacher ist seit 2001 einer der beiden Geschäftsführer - neben Markus Seidl - der ÖROK-Geschäftsstelle. Zuvor war er im Bundeskanzleramt in der Koordination Raumordnung und Regionalwirtschaft tätig.

Herr Mag. Rossbacher, was sind die Ziele des Programms: "Investitionen in Beschäftigung und Wachstum und Übergang zu einer klimafreundlichen Wirtschaft"?

Basis für die Festlegung unserer Programmziele sind die politischen Ziele, die von der Europäischen Union für die Kohäsionspolitik 2021–2027 festgelegt wurden. Drei dieser Ziele adressieren wir auch im neuen EFRE-Programm, nämlich die Entwicklung hin zu einem intelligenteren, grüneren und bürgernäheren Europa. Das zentrale Ziel ist die Steigerung der Produktivität in der Wirtschaft, um damit die Wettbewerbsfähigkeit Österreichs und seiner Regionen zu stärken. Neu ist aber, dass das Programm diesmal von einer allgemeinen Wachstumsstrategie auf eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklungsstrategie umgestellt wurde, es trägt damit zu einer Entkoppelung von Wachstum und Ressourcenverbrauch in der Wirtschaft bei.

Ein drittes zentrales Ziel im Programm stellt die Sicherstellung der Lebensqualität dar, es geht dabei stark um Maßnahmen zur Klimawandelanpassung, aber auch um Mobilität und andere Herausforderungen sowohl in Stadtregionen als auch im ländlichen Bereich. Die Themen Digitalisierung und die Kreislauf-

wirtschaft sind sogenannte "horizontale Ziele", die sich auer durch alle Maßnahmen ziehen.

Eine weitere Zielsetzung ist durch den "Just Transition Fund" dazugekommen. (Anmerkung der Redaktion: Weitere Informationen zum JTF finden Sie im Artikel von DI Markus McDowell auf Seite 9)

Welche Rolle spielen die räumlichen Gegebenheiten Österreichs bei der Festlegung der Ziele und Investitionsprioritäten des EFRE?

Es ist nicht zu leugnen, dass Österreich aufgrund seiner Geographie, seiner Lage aber auch aufgrund der Geschichte in wirtschaftlicher Hinsicht sehr heterogen ist. Bundesländer im Osten haben andere wirtschaftliche Rahmenbedingungen als Länder im Westen. Bei der gemeinsamen Erstellung des neuen Programms haben die Länder ihre regionalen Aspekte bei der Auswahl der Ziele und auch in die konkrete Ausgestaltung der Fördermaßnahmen eingebracht. Regionale Entwicklungsstrategien sind ebenfalls in die Programmierung eingeflossen und bilden wichtige Leitplanken für das Programm.

Trotz der unterschiedlichen regionalen Zielsetzungen ist das IBW/EFRE- & JTF-Programm (Investitionen in

Wachstum und Beschäftigung) ein gemeinsames österreichisches Programm. Die einzelnen Fördermaßnahmen tragen alle zur Erreichung der bereits besprochenen Ziele bei, werden aber – eben aufgrund regionaler Unterschiede – von den Bundesländern in unterschiedlichem Ausmaß umgesetzt. Es wird also nicht jede der elf Fördermaßnahmen in allen Ländern bedient.

Beim 2019 ins Leben gerufenen JTF wurden schon bei der Ausgestaltung von Seiten der Europäischen Kommission regionale Gegebenheiten berücksichtigt. Er ist nicht flächendeckend eingesetzt, sondern nur in Regionen, die aufgrund ihres hohen Anteils an treibhausgasintensiven Industrien besonders stark von den Folgen der Dekarbonisierung betroffen sind. In Österreich sind das Ober- und Niederösterreich, die Steiermark und Kärnten.

Welche Rolle spielen Nachhaltigkeitsaspekte in den österreichischen EFRE-Programmen der alten und neuen Förderperiode?

Nach Vorgaben der Dachverordnung werden für die Periode 2021–2027 30 % der verfügbaren EFRE-Mittel in den Bereich Nachhaltigkeit investiert, so viel wie noch nie zuvor. Bereits das Programm der Periode 2014–2020 hatte einen starken Fokus auf Energie und Umwelt, in einer eigenen Priorität wurden immerhin 20 % des gesamten Programmbudgets für Maßnahmen zur CO₂-Reduktion zur Verfügung gestellt. Was, ergänzt um nationale Förderungen und Privatmittel, Gesamtinvestitionen von mehr als 300 Millionen Euro ermöglichte.

Die Klimakrise wurde aber in den letzten Jahren ein immer dringenderes Thema, weshalb die Kohäsionspolitik europaweit noch stärker der CO₂-Einsparung und Nachhaltigkeit gewidmet wird, nicht zuletzt durch den "Green Deal" der Europäischen Kommission. Dieser starke Fokus auf klimarelevante Förderungen zieht sich durch alle Fonds und Programme und stellt auch

im neuen EFRE-Programm ein zentrales Thema dar. Zusätzlich gibt es für die CPR-Fonds (Anm.: darunter versteht man alle EU-Fonds, die in der EU-Dachverordnung (EU) 2021/1060 geregelt sind) auch noch ein fix festgelegtes Klimaschutzziel. Dafür müssen über alle Fördermaßnahmen hinweg 30 % aller eingesetzten Mittel den Klimaschutz unterstützen, wobei der Beitrag einzelner Maßnahmen zur CO₂-Einsparung gewichtet wird.

Wenn man sich die Zahlen für das neue Programm ansieht, fließen insgesamt 148 Millionen Euro EFRE-Mittel in den Förderschwerpunkt "Nachhaltigkeit". In Kombination mit den verpflichtend beizugebenden nationalen Mitteln, ergibt sich bis zum Ende der Förderperiode ein Investitionsvolumen von 467 Millionen Euro für eine nachhaltige Produktivitätssteigerung und damit ein ressourcenschonendes Wirtschaftswachstum.

Eine Hauptkomponente der österreichischen Klimastrategie sind die Maßnahmenbereiche für Energie, Verkehr und Industrie. Im Fokus steht die Förderung der Energieeffizienz und Nutzung erneuerbarer Energien in Unternehmen. Welche Anreize werden geboten, um eine laufende Steigerung der Energieeffizienz, sowie eine Steigerung in der Nutzung erneuerbarer Energien in Unternehmen zu erreichen? Welche konkreten Maßnahmen werden von der angebotenen Investitionsförderung im künftigen Programm umfasst?

Damit Österreich seine gesetzten Klimaziele erreichen kann, müssen in der Wirtschaft im Bereich Energieeffizienz noch massive Anstrengungen unternommen werden, der Energieverbrauch ist einfach noch zu hoch. Unternehmen werden gar nicht darum herumkommen, in Energiesparmaßnahmen zu investieren oder auf erneuerbare Energiequellen zu wechseln, die gerade vorgestellte CO₂-Bepreisung ist ja bereits eine erste politische Maßnahme.

Experteninterview

EXPERTENINTERVIEW

Im IBW/EFRE- & JTF-Programm 2021–2027 haben wir einen starken Fokus auf Energieeffizienz. Investitionen in erneuerbare Energien, wie wir es in der Periode 2014–2020 gefördert haben, werden in Zukunft hauptsächlich vom Europäischen Landwirtschaftsfonds abgedeckt.

Konkret wird das Programm primär in die Energieeffizienz bei Klein- und Mittelbetrieben investieren.
Im öffentlichen Bereich sind Förderungen dann möglich, wenn zum Beispiel in öffentlichen Gebäuden
veraltete Heiz- oder Kühlanlagen in Verwendung sind.
Ein zweiter Schwerpunkt liegt auf Demonstrationsvorhaben und Ökoinnovationen in Betrieben, das
umfasst angewandte Forschung bis hin zur Markteinführung neuer, energieeffizienter Technologien.
Diese Maßnahme ist besonders dazu geeignet, die
Innovationskraft österreichischer Unternehmen bei
der Entwicklung klimarelevanter Lösungen zu stärken.
Neben der Investitionsförderung sind auch Beratungsleistungen förderbar, um Unternehmen bei der Erschließung von Energiesparpotentialen zu unterstützen.

Der österreichische Wirtschaftsstandort und seine Regionen haben sich während der COVID-19 Pandemie als durchaus resilient erwiesen. Welche Bedeutung hat hierbei die Förderung aus den EU-Strukturfonds?

Die Folgen der COVID-19 Pandemie waren in der österreichischen Wirtschaft schon stark spürbar, alle wirtschaftlichen Analysen zeigen das. Mittelfristig erholt sich aber unsere Wirtschaft sehr gut, was vor allem auf die finanziellen und anderen Hilfsmaßnahmen von Bund und Ländern zurückzuführen ist. Bei Ausbruch der Krise haben wir die Auszahlung von EFRE-Förderungen an KMU beschleunigt und die Abwicklung vereinfacht, um die Liquidität der von uns geförderten Unternehmen zu unterstützen.

Österreich hat zudem unter dem Titel "REACT-EU" im heurigen Jahr 219 Millionen an zusätzlichen EU-Mitteln erhalten, die an ESF und EFRE-Programme vergeben, und in den noch laufenden Programmen der Periode 2014–2020 abgewickelt werden. Gefördert werden Projekte, welche die Folgen der Krise für Wirtschaft und Menschen abfedern sollen.

Mittel- und langfristig kommt der EU-Kohäsionspolitik und damit auch den Strukturfonds eine sehr große Bedeutung bei der Krisenbewältigung zu. Der Umstieg auf nachhaltigeres Wirtschaften, die Entwicklung neuer innovativer Produkte, der Ausbau der Digitalisierung und alle anderen Ziele, die wir mit Förderungen unterstützen, stärken unsere Wirtschaft, die damit widerstandsfähiger gegen neuerliche Krisen wird.

Die Reform der EU-Haushaltsordnung brachte eine Änderung der Refundierung aus dem EU-Haushalt mit sich, dass diese gegenüber der Europäischen Kommission nicht mehr auf Basis von Rechnungen, sondern durch die Erreichung von "Meilensteinen" ausgelöst wird, der sogenannte "finance not linked to costs"-Ansatz. Nach welchen Kriterien wurden diese Meilensteine festgelegt und welche Auswirkung hat das auf die Abwicklung von Förderungen für Investitionsprojekte?

Gleich vorweg: Diese Änderung der EU-Haushaltsordnung kann sicherlich ein "Game Changer" in der zukünftigen Abwicklung der Kohäsionspolitik werden, wird aber auf Grund der fast revolutionären Änderungen von vielen noch skeptisch bis ungläubig beäugt.

Bereits in der Finanzperiode 2014–2020 wurde das Thema von der KPC in Zusammenarbeit mit dem BMK im Rahmen der Umweltförderung im Inland aufgegriffen. Gemeinsam mit der Verwaltungsbehörde des IWB/EFRE-Programms wurde ein europaweit erster Pilotversuch zu "finance not linked to costs" gestartet.

Dieser ist so vielversprechend angelaufen, dass wir ihn durch REACT-EU-Mittel bereits mehr als verdoppelt haben und den Ansatz auch in der neuen Periode 2021+ weiterführen werden.

Die Meilensteine zur Refundierung seitens der Europäischen Kommission wurden so gewählt, dass gleich zu Beginn des Pilotversuchs – also zu einem Zeitpunkt, an dem noch kein einziger Cent in Einzelprojekte geflossen ist – eine erste Anzahlung seitens der Europäischen Kommission getätigt werden konnte und damit für die Umweltförderung im Inland zusätzliche Liquidität geschaffen wurde. Und auch die weiteren Schritte sind so geplant, dass jährlich ein größerer Betrag seitens der Kommission ans EFRE-Programm, und damit an das Förderungsinstrument Umweltförderung im Inland fließt.

Damit ist ein regelmäßiger Mittelfluss von Brüssel nach Wien und in der Folge an die Fördernehmer garantiert. Die Fördernehmer selbst sollten also keinen Unterschied mehr merken, zwischen rein national geförderten Projekten und solchen mit EU-Förderungen – auch nicht bei den notwendigen Prüfungen!

Welche Erwartungen haben Sie an den "finance not linked to costs"-Ansatz und welches Zukunftspotential sehen Sie darin?

Wie erwähnt handelt es sich bei diesem FNLTC-Ansatz um einen reinen Abrechnungsmechanismus zwischen EU-Kommission und Mitgliedstaat bzw. nationalen und regionalen Förderstellen. Er ist nicht auf das Verhältnis zwischen Förderstelle und Projektträger übertragbar.

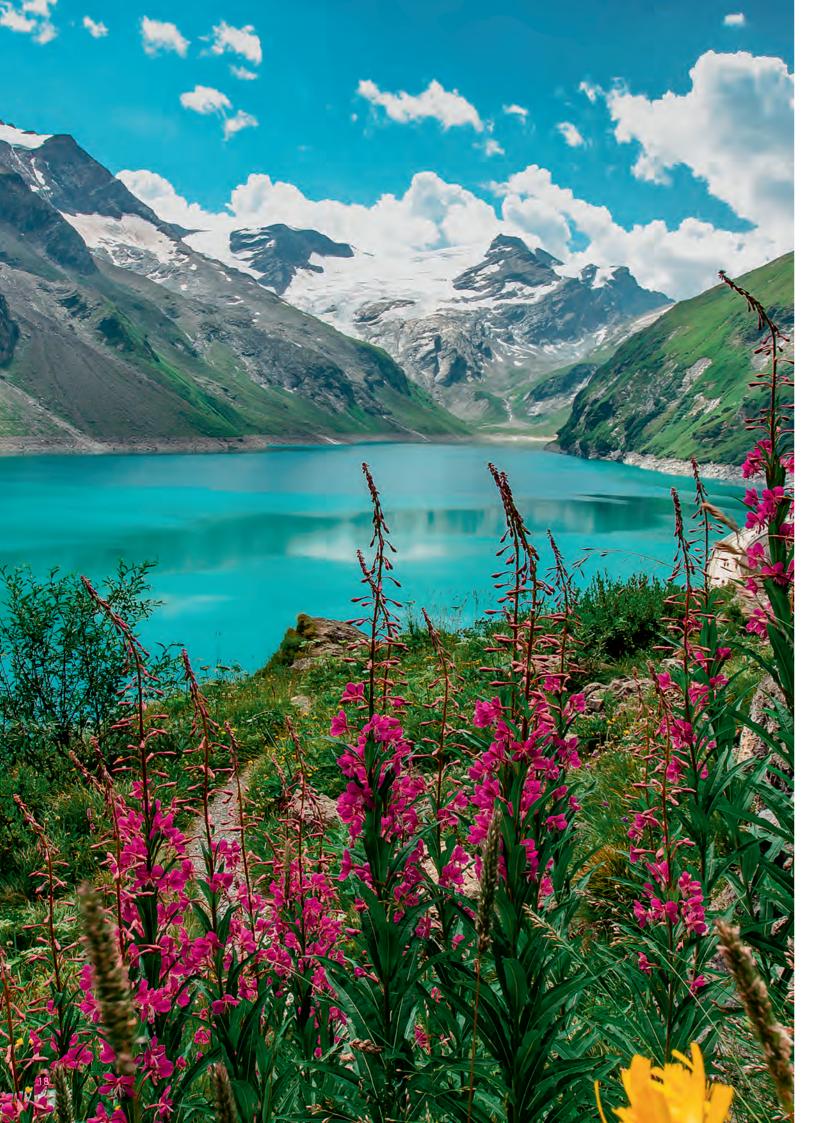
Auf der "oberen" Ebene zwischen Europäischer Kommission und Mitgliedstaat sehe ich für den FNLTC-Ansatz jedoch riesiges Potential! Dies vielleicht noch weniger im Bereich der eher sehr detailreich und damit komplex geregelten Kohäsionspolitik. Aber es beginnen nun auch schon andere Mitgliedstaaten für die neue Finanzperiode 2021 – 2027 insbesondere im ESF-Bereich (Sozialfonds) mit derartigen Modellen, wie etwa Estland oder Portugal. Und die Europäische Kommission ist sehr daran interessiert den Ansatz zu promoten – auch durch die Einrichtung eines alle Mitgliedstaaten umspannenden Netzwerks zum Erfahrungsaustausch.

In der Zwischenzeit wurde bekanntlich auch die "Recovery and Resilience Facility" (RRF) mit ihren mehreren 100 Milliarden Euro auf die Beine gestellt, von denen sich Österreich über 3,5 Milliarden Euro erwarten kann. Die KPC ist bei der Umsetzung des österreichischen Wiederaufbauplans ja auch ein nicht unbedeutender Player. Was hier aus FNLTC-Sicht wichtig ist: Diese Fazilität wird zwischen EU und Mitgliedstaaten ausschließlich nach dem neuen FNLTC-Ansatz abgewickelt! Das Abwicklungsprocedere des RRF ähnelt sehr stark dem mit Österreich und der DG Regio entwickelten Pilotprojekts.

Der Ansatz "finance not linked to costs" kann ein Game Changer in der zukünftigen Abwicklung der Kohäsionspolitik werden, mit klaren Vorteilen für alle Beteiligten.

Mag. Johannes Rossbacher Geschäftsführer der ÖROK-Geschäftsstelle

16 Experteninterview



WEITERE EU-PROGRAMME

HORIZONT EUROPA: DAS WELTWEIT GRÖSSTE PROGRAMM FÜR FORSCHUNG, TECHNOLOGIE UND INNOVATION ALS CHANCE FÜR ÖSTERREICH UND EUROPA

DIE BEDEUTUNG VON HORIZONT EUROPA FÜR ÖSTERREICH

Die starke europäische Vernetzung der österreichischen Forschung, Technologie und Innovation (FTI) ist unabdingbar, um für zentrale gesellschaftspolitische Anliegen gemeinsam Lösungen zu finden und um wettbewerbsfähig zu bleiben. Beispiele sind der European Green Deal, das gemeinsame Lösen der COVID-19 Krise und die Arbeit an Zukunftsthemen wie Klimaschutz, Aufbau eines nachhaltigen Energiesystems, Wasserstoff, Batterien und Mikroelektronik.

Um Antworten aus Forschung, Technologie und Innovation zu finden wurde in Europa das aktuelle EU-Rahmenprogramm Horizont Europa ins Leben gerufen. Mit einem Etat von 95,5 Milliarden Euro und einer Laufzeit von sieben Jahren (2021–2027) ist es das weltweit größte Programm für Forschung, Technologie und Innovation. Das macht es gleichzeitig zum wichtigsten Instrument zur Zusammenarbeit von Akteurinnen und Akteuren auf europäischer Ebene. Horizont Europa wird auch als das FTI-Vehikel für den Green Deal bezeichnet.

Insbesondere für kleinere Mitgliedstaaten der EU wie Österreich ist die aktive Mitgestaltung und Mitwirkung an der europäischen Forschung ein zentrales Anliegen. Sie verschafft den FTI-Akteurinnen und Akteuren einen offenen Zugang zu einem europäischen Raum des Wissens und der Innovation.

ZIELE, AUFBAU UND INHALTE VON HORIZONT EUROPA

Im Zentrum stehen die großen Herausforderungen unserer Zeit, wie die Bekämpfung des Klimawandels und die Verwirklichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals – SDG), sowie die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der EU.

Das Programm Horizont Europa gliedert sich in die drei Säulen:

- 1. Wissenschaftsexzellenz
- 2. Globale Herausforderungen und industrielle Wettbewerbsfähigkeit Europas
- 3. Innovatives Europa

Horizontaler Schwerpunkt ist zusätzlich die Ausweitung der Beteiligung und Stärkung des europäischen Forschungsraums (EFR) zur Optimierung der Stärken und Potentiale für ein innovativeres Europa.

In der nach Budgetvolumen und thematischen Vielfalt bedeutendsten zweiten Säule, Globale Herausforderungen und industrielle Wettbewerbsfähigkeit Europas, befinden sich die sechs thematischen Cluster von Horizont Europa in denen wiederum spezifische "EU-Missionen" definiert wurden:

- Cluster 1: Gesundheit
- Cluster 2: Kultur. Kreativität & inklusive Gesellschaft
- Cluster 3: Zivile Sicherheit für die Gesellschaft
- Cluster 4: Digitalisierung, Industrie und Weltraum
- Cluster 5: Klima, Energie und Mobilität
- Cluster 6: Lebensmittel und natürliche Ressourcen

Diese widmen sich fünf gesellschaftlichen Herausforderungen, die es dringend zu lösen gilt:

- 1: Anpassung an den Klimawandel, einschließlich gesellschaftlicher Veränderungen
- 2: Gesunde Ozeane, Meere, Küsten- und Binnengewässer
- 3: Klimaneutrale intelligente Städte
- 4: Krebs
- 5: Bodengesundheit und Ernährung

Auch für Österreich haben diese Themen besondere Relevanz und es wird eine aktive Beteiligung an den europäischen Missionen und damit an der kollaborativen Lösungsfindung mit europäischen Partnerinnen und Partnern angestrebt.

Für die doppelte grüne und digitale Transformation Europas wird Horizont Europa der Schlüssel sein, in einer gemeinsamen Anstrengung Aller wird darauf hinzuarbeiten sein.

ÖSTERREICHISCHE BETEILIGUNG IN HORIZONT 2020 (2014–2020)

Österreich kann auf eine äußerst erfolgreiche Beteiligung am Vorgängerprogramm Horizont 2020 zurückblicken.

In einer Laufzeit von 7 Jahren (2014–2020) stand ein Gesamtbudget von 66,6 Milliarden Euro für euro-

päische Forschung und Entwicklung zur Verfügung (Datenstand 1.9.2021).

Für die bisher eingeworbenen Fördermittel in Höhe von 1,93 Milliarden Euro (2,9 % der Gesamtmittel) ist Österreich Nettoempfänger. Mit einer Erfolgsquote von mehr als 18 % ist Österreich an zweiter Stelle nach Belgien, und mit einem Industrieanteil von 34 % in den Top 3.

Österreich ist an 4.955 Projekten beteiligt und 965 Projekte wurden von österreichischen Organisationen koordiniert.

Diese Zahlen sind eindrucksvoll, weitaus bedeutender sind noch die unschätzbaren positiven Effekte für die gesamte österreichische Forschung, Innovation und Wirtschaft aus der Beteiligung an Horizon 2020. Zudem konnte zur Lösung gesellschaftlicher Probleme beigetragen werden, zuletzt forcierte und koordinierte erfolgreiche Anstrengungen zur Bewältiggung der Covid-19 Krise.

Dlin Brigitte Weiß, MSc

Leitung EU- und internationale Technologiepolitik und Programme Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie

Katharina Uhl, MSc

Abteilung EU- und internationale Technologiepolitik und Programme Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie

IPCEI: ZUM LÖSEN STRATEGISCHER HERAUSFORDERUNGEN UND ZUR STÄRKUNG DER POSITION EUROPAS UND VON ÖSTERREICH

ZIELE, AUFBAU UND FUNKTION VON IPCEI

Important Projects of Common European Interest (IPCEI) stehen für ein beihilferechtliches Instrument der europäischen Forschungs-, Technologie- und Innovationspolitik. Unternehmen bilden hier – unterstützt durch staatliche Beihilfen – große, integrierte, transnationale Konsortialprojekte in ausgewählten Industriebereichen. Mit IPCEI soll insbesondere ein

signifikanter Beitrag zur Erfüllung nationaler und europäischer Strategien (insbesondere Klima- und Digitalziele) geleistet werden.

Durch die Gründung und Durchführung von IPCEI soll zudem der europäische Forschungs- und Innovationsstandort nachhaltig gestärkt und auch neue, zukunftsfähige und grüne Arbeitsplätze geschaffen werden. Nicht nur durch diese mehrdimensionalen Ziele, sondern insbesondere auch durch den Fokus auf die erste gewerbliche Nutzung von hochinnovativen Produkten, und der damit verbundenen Stärkung zentraler Schlüsselindustrien hat das Instrument in den vergangenen Jahren vermehrte Aufmerksamkeit erhalten.

DIE BEDEUTUNG VON IPCEI FÜR ÖSTERREICH

IPCEI als Instrument strategischer Innovations- und Industriepolitik ist in zentralen österreichischen Strategien verankert, so z.B. im Regierungsprogramm, in der FTI-Strategie und dem FTI-Pakt 2030. Eine Teilnahme Österreichs an diesen paneuropäischen Vorhaben soll einen effektiven Beitrag zu nationalen und europäischen Klima- und (Digital-)Zielen leisten, und gleichzeitig zielgerichtet industrielle Stärkefelder fördern – sowohl in Bereichen, in welchen vis-à-vis globalen Mitbewerbern Aufholbedarf besteht, als auch in Segmenten, wo neue Stärken entwickelt werden.

IPCEI stärken regional wie bundesweit den Forschungs- und Innovationsstandort und den Aufbau von Innovationsökosystemen nicht zuletzt durch die Mehrwerte transnationaler Kooperation und die Schaffung von Spill-Over-Effekten für Österreich und Europa.

STAND DER UMSETZUNG VON IPCEI

Aktuell ist Österreich mit drei Projekten und einem Gesamtfördervolumen von 145 Millionen Euro am IPCEI Mikroelektronik I (BMK und BMDW gemeinsam), und mit sechs Projekten und einem Gesamtfördervolumen von 45 Millionen Euro am IPCEI EuBatIn (European Battery Innovation) beteiligt.

Zudem strebt Österreich (gemeinsame Kooperation des Klimaschutzministeriums BMK und des Wirtschaftsministeriums BMDW) auch die Teilnahme an den parallel startenden IPCEI Wasserstoff Industry und IPCEI Wasserstoff Technology mit jeweils vier Projekten, und einem Fördervolumen von insgesamt 125 Millionen Euro aus dem Europäischen Wiederaufbaufonds an. Auch eine Teilnahme Österreichs (BMK und BMDW) am noch in diesem Jahr startenden Genehmigungsprozess zum IPCEI Mikroelektronik II – ebenso mit einem Fördervolumen von 125 Millionen Euro aus dem Europäischen Wiederaufbaufonds – ist vorgesehen. Mit der Genehmigung und dem Start dieser IPCEIs ist im kommenden Jahr zu rechnen. Teilnahmen an zukünftigen IPCEI, zum Beispiel bzgl. Dekarbonisierung der Industrie, Cloud oder weiterer Wellen im Rahmen der Wertschöpfungskette Wasserstoff wären inhaltlich interessant, sind budgetär jedoch noch nicht gesichert.

IPCEI haben sich als ein zentrales Instrument erwiesen, das komplementär zu Forschung und Innovation Zukunftsthemen in Österreich zur Umsetzung verhilft und Europas und Österreichs Position stärkt. Unseren Unternehmen und Institutionen wird mit der Beteiligung an IPCEI-Vorhaben die Möglichkeit gegeben, in Europa Zukunftsfragen mitzugestalten und an Erfolgen zu partizipieren.

DIin Brigitte Weiß, MSc

Leitung EU- und internationale Technologiepolitik und Programme Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie

Maximilian Mansbart, MA, MRes

Abteilung EU- und internationale Technologiepolitik und Programme Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie

LIFE: DAS EUROPÄISCHE FINANZIERUNGSINSTRUMENT FÜR UMWELT, KLIMA UND ENERGIE

Die Abkürzung LIFE steht für "L'Instrument Financier pour l'Environnement" und ist ein 1992 von der Europäischen Union geschaffenes Finanzierungsins-

trument, das ausschließlich Umwelt-, Natur-, Klimaschutz- und Energiemaßnahmen innerhalb der EU finanziell unterstützt. Das LIFE-Programm hat in den

Weitere EU-Programme
Weitere EU-Programme

vorangegangenen fünf Förderperioden europaweit mehr als 5.500 Projekte kofinanziert.

Die aktuelle Förderperiode "LIFE 2021–2027" bietet wieder die Möglichkeit mit Projekten zur Umsetzung, Aktualisierung und Entwicklung der EU-Umwelt- und Klimapolitik und der entsprechenden Gesetzgebung beizutragen. Aufbauend auf dem Erfolg der Programme "Intelligente Energie – Europa" und "Horizont 2020: sichere, saubere und effiziente Energie" unterstützt das in dieser Förderperiode von LIFE neu etablierte Teilprogramm "Saubere Energiewende" die Umsetzung von Projekten im Bereich Energie für einen Übergang zu einer energieeffizienten, auf erneuerbaren Energien basierenden, klimaneutralen und klimaresilienten Wirtschaft.

Der Fokus des LIFE-Programms liegt also auf der Implementierung und Weiterentwicklung der EU-Umwelt- und Klimapolitik und soll als Katalysator für die nachhaltige Entwicklung der EU sowie die Umsetzung der Ziele des Europäischen "Green Deal" dienen. Forschung steht daher nicht im Zentrum des LIFE-Förderprogramms. LIFE-Projekte können allerdings einen Forschungsanteil beinhalten, wenn die Forschung einen notwendigen Beitrag zum Erreichen der Projektziele leistet.

Die Kernidee des LIFE-Programms ist, vereinzelte und oft nur kurzfristig angesetzte Umwelt- und Klimaschutzprojekte dauerhaft zu stärken, indem ihnen eine langfristige Finanzierungsperspektive (üblicherweise 60 % Kofinanzierung) und eine einheitliche Verwaltung angeboten werden. Viele Projekte sind länderübergreifende Projekte, an denen mehrere Mitgliedstaaten beteiligt sind. Am Programm können sich öffentliche und private Institutionen beteiligen. Das Programm wird von der Europäischen Kommission (Generaldirektionen Umwelt, Klimapolitik und Energie) in Kooperation mit der Exekutivagentur CINEA (European Climate, Infrastructure and Environment Executive Agency) verwaltet, bei der einmal jährlich Projektanträge eingereicht werden können.

Zusätzlich zu den "traditionellen" LIFE-Projekten investiert die Europäische Kommission viele Millionen in neue integrierte Projekte. Diese neuen Projekte dürften erhebliche zusätzliche Mittel mobilisieren, da sie es den Mitgliedstaaten ermöglichen, auch andere Finanzierungsquellen zu nutzen, darunter die EU-Agrar-, Struktur- und Regionalfonds und Forschungsmittel, ebenso wie nationale Mittel und Investitionen des Privatsektors.

Dlin Nora Mitterböck

Abteilung VI/1 – Allgemeine Klimapolitik Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie

Das aktuelle LIFE-Programm gliedert sich in zwei Bereiche, "Umwelt" und "Klima" sowie in vier Teilprogramme:

Bereich Umwelt:

- Teilprogramm Natur und Biodiversität
- Teilprogramm Kreislaufwirtschaft und Lebensqualität

Bereich Klima:

- Teilprogramm Klimaschutz und Klimawandelanpassung
- NEU: Teilprogramm Saubere Energiewende

Weitere Informationen und Links:

- Zuständigkeitsbereiche BMK
- Zuständigkeitsbereiche BMLRT
- Informationsseite der Europäischen Kommission zu LIFE



LIFE NORTHERN BALD IBIS

"Grund zur Hoffnung – Wiederansiedlung des Waldrapps in Europa"

Hauptziel des Projekts war die Wiederansiedlung des stark gefährdeten Waldrapps in Europa und das "Wiederanlernen" des Zugverhaltens der Vögel, um das Überleben der Art zu sichern. Die Arbeit basierte auf einer Machbarkeitsstudie, die zur Gründung einer ersten kleinen wandernden Brutgruppe führte. Neun Partnerinnen und Partner in drei Ländern richteten wandernde Brutkolonien in Deutschland und Österreich und ein gemeinsames Überwinterungsgebiet in der Toskana ein. Der Großteil der Vögel wurde elektronisch überwacht, ein genetisches Screening

optimierte die genetische Variabilität. Jungvögel wurden aus sesshaften Freiflug- und Zoo-Kolonien bereitgestellt.

Zeitraum: 2014-2019

Überwachung und Management sollten mögliche Verluste durch illegale Jagd reduzieren. Mittelfristig sollte auch eine "Reason for Hope"-Kampagne, inklusive Schutz- und Demonstrationsmaßnahmen in ganz Europa, mit einem Schwerpunkt entlang des Zugkorridors, die Verluste reduzieren und das Bewusstsein für europäische Zugvogelarten erhöhen. Verschiedene Aktivitäten zur Öffentlichkeitsarbeit, insbesondere mit europäischen Zoopartnerinnen und Zoopartnern, und die Berichterstattung in den Medien schärften das Bewusstsein für die Notwendigkeit des Erhalts dieser Vogelart, sowie für die Bedeutung einer nachhaltigen Landnutzung und den Wert der biologischen Vielfalt

www.waldrapp.eu/index.php/en

Weitere EU-Programme 23



Der Klimawandel hat negative Auswirkungen auf die Tier- und Pflanzenwelt der Donauinsel und erhöht den Pflegeaufwand. Das EU-Projekt LIFE DICCA der Stadt Wien, Fachabteilung Wiener Gewässer, soll diesen Auswirkungen entgegensteuern. Die seit 2019 durchgeführten Maßnahmen sollen dazu beitragen, die biologische Vielfalt zu schützen, und die Erhaltungs- und Pflegekosten sowie CO₂-Emissionen der Insel zu reduzieren. Mit intensiver Öffentlichkeitsarbeit und Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger soll das Bewusstsein in den Bereichen Klimawandel, Ökosysteme und Biodiversität geschärft werden. Auf diese Weise können unter anderem Beiträge zur EU-Strategie zur Anpassung an den Klimawandel, zur Wasserrahmenrichtlinie, Hochwasserrichtlinie, Fauna-Flora-Habitat- und Vogelschutzrichtlinie sowie zur EU-Biodiversitätsstrategie 2020+ geleistet werden. Als Best-Practice-Modell soll das Projekt auch in anderen europäischen Städten Anwendung finden.

Erwartete Ergebnisse:

- eine Anpassungsstrategie im Bereich Ökosysteme und Biodiversität für die Stadt Wien
- eine Machbarkeitsstudie, welche die Replizierbarkeit der Strategie nachweist
- eine 15 % Reduktion der Kosten für die Erhaltung der Donauinsel bei einer 20 % Reduktion der CO₂-Emissionen
- Mikroklima und Zielgebiete für Nutzerinnen und Nutzer spürbar verbessern
- eine nachhaltige Bewirtschaftung der Wiesen, u.a. mit dem Einsatz von Schafen
- drei neue Teichbiotope sowie nachhaltige Bewässerung von zwei Teichbiotopen auf der Donauinsel (Antrieb der Pumpen mittels Windräder)
- ökologische Verbesserung von verlandeten Uferbereichen durch nachhaltiges Sedimentmanagement
- Ausrottung oder Entfernung von Neobiota (gebietsfremde Arten) aus definierten Gebieten

www.life-donauinsel.wien.at

LIFESTOCKPROTECT

PROJEKTBEISPIEL

"HERDENSCHUTZ"

"Verbesserung des Herdenschutzes im deutschsprachigen Alpenraum zum direkten Nutzen für die Landwirtschaft trotz Rückkehr der Beutegreifer" Zeitraum: 2020–2025

LIFESTOCK Protect

Www.lifestockprotect.info

Da Herdenschutz und die Rolle der Hirtinnen und Hirten seit langem ein aktuelles Thema in den deutschsprachigen Alpenländern ist, startete im September 2020 LIFEstockProtect – ein 5-jähriges Projekt von, für und mit landwirtschaftlichen Organisationen. Die 17 Projektpartner aus Südtirol, Bayern und Österreich haben es sich zum Ziel gemacht, effektiven Herdenschutz zu etablieren und eine Hirten-Ausbildung zu forcieren.

Maßnahmen zum Schutz der Nutztiere:

Dieses großangelegte Ausbildungsprogramm konzentriert sich auf Herdenschutzmaßnahmen für alle Nutztierrassen in den Alpen und im Alpenvorland. Mindestens 1.000 Nutztierhalterinnen und Nutztierhalter werden unter anderem im Peer-to-Peer Verfahren geschult, um ihre Nutztiere mit verschiedenen Methoden wirksam vor Gefahren, Krankheiten und Beutegreifern besser schützen zu können.

Das Projekt widmet sich auch der Kenntnisvermittlung und Bildungsaktivitäten für junge Menschen, Interessierte, Fachkräfte, Presse und die allgemeine Öffentlichkeit sowie gezielt an Personen aus dem Bereich Nutztierhaltung, Jagd und Tourismus, um zu zeigen, warum Schutz der Tiere notwendig, und wie er möglich ist und finanziert werden kann.

- Aufbau eines grenzübergreifenden Netzwerks von geschulten Experten und Expertinnen und Freiwilligen, die praktische Unterstützung beim Herdenschutz und der Behirtung bieten.
- Evaluierung der Qualität der einsetzbaren und eingesetzten Materialien zum Herdenschutz, um diese gegebenenfalls zusammen mit den Herstellern zu verbessern.
- Entwicklung einer Hirtenausbildung und der Aufwertung des Berufes sowie die Berufsetablierung
- · Anpassung des Tierschutzgesetzes für den Einsatz zertifizierter Herdenschutzhunde, die die Hirten begleiten.
- Touristischer Fokus auf den Einsatz von Herdenschutzmaßnahmen
- Unterstützung von Landwirten bei der Erkennung von Beutegreifern durch Spürhunde
- Wissenschaftliche Identifizierung der Umweltauswirkungen und Machbarkeit des Herdenschutzes in alpinen Ökosystemen
- Vereinheitlichung nationaler und regionaler Gesetzgebung zu Entschädigung, Schutz und Finanzierung des Herdenschutzes

EU-INNOVATIONSFONDS: SAUBERE TECHNOLOGIEN AUF DEN MARKT BRINGEN

Der EU-Innovationsfonds fördert von 2020 bis 2030 EU-weit Demonstrationsvorhaben im Bereich innovativer Technologien und bahnbrechender industrieller Innovationen zur Reduzierung des CO₂-Ausstoßes. Insgesamt werden für Projekte in den Bereichen energieintensive Industrie, Energiespeicherung,

Erzeugung erneuerbarer Energie sowie Kohlenstoffabscheidung und -speicherung zumindest 450 Millionen Emissionszertifikate aus dem EU-Emissionshandelssystem (abhängig vom Preis der Emissionszertifikate, zumindest 20–25 Milliarden Euro an Fördermitteln) zur Verfügung stehen.

EU-Innovationsfonds € 7



2020: Investition von 20 – 25 Milliarden €
Erste Projektausschreibung bis 2030 für Europas klimaneutrale
Zukunft



reibhausgasemissione

Treibhausgasemissionen vermeiden und Wettbewerb stärken

Geförderte Innovationen in folgenden Bereichen



Energieintensive Industrie



Erzeugung erneuerbarer Energien



Energiespeicherung



Kohlenstoffabscheidung und -speicherung

Abbildung 1: Überblick EU-Innovationsfonds, Foto: BMK, Quelle: Europäische Kommission

Dazu sollen nun jährlich bis 2030 Ausschreibungen stattfinden, darunter sowohl Ausschreibungen für Projekte mit einem Investitionsvolumen von über 7,5 Millionen Euro und als auch Ausschreibungen für Projekte mit einem Investitionsvolumen unter 7,5 Millionen Euro.

Gefördert werden im Rahmen des EU-Innovationsfonds bei Projekten über 7,5 Millionen Euro bis zu 60 % der Invest- und Betriebskosten. Bei Projekten unter 7,5 Millionen Euro werden bis zu 60 % der Investitionskosten gefördert.

Bewertet werden die Projekte anhand folgender Kriterien:

- Effektivität der Treibhausgasemissionsvermeidung
- Innovationsgrad
- Projektreife
- Skalierbarkeit und Kosteneffizienz.

Die erste Ausschreibung für Projekte über 7,5 Millionen Euro sowie die erste Ausschreibung für Projekte unter 7,5 Millionen Euro haben 2020 gestartet und sind bereits geschlossen, finale Förderentscheidungen sollen jeweils noch bis Ende diesen Jahres getroffen werden.

Im Rahmen der ersten Ausschreibung für Projekte über 7,5 Millionen Euro stand 1 Milliarde Euro an Fördervolumen zur Verfügung, für die Ausschreibung für Projekte unter 7,5 Millionen Euro war es ein Volumen von 100 Millionen Euro.

Erfahrungen der beiden ersten Ausschreibungen zeigen reges Interesse und eine große Pipeline an innovativen Projekten zur Reduzierung des CO₂-Ausstoßes.

Paula Wagner, MSc

Abteilung VI/7 — Förderinstrumente für innovative Klima- und Energietechnologien Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie

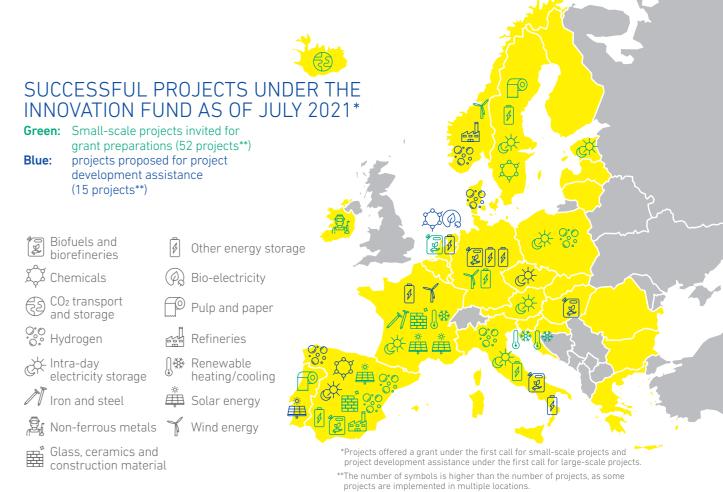


Abbildung 2: Überblick erfolgreiche Projekte 1. Ausschreibung für Projekte unter 7,5 Millionen Euro, Überblick nominierter Projekte für "Project Development Assistance" der Ausschreibung für Projekte über 7,5 Millionen Euro, Foto: Europäische Kommission, Quelle: Europäische Kommission

Ende 2021 beziehungsweise Anfang 2022 sollen die zweiten Ausschreibungen des EU – Innovationsfonds starten. Nachstehend ein Überblick über die wichtigsten Daten:

	2. Ausschreibung für Projekte > 7,5 Mio €	2. Ausschreibung für Projekte < 7,5 Mio. €
Ausschreibungsvolumen	1,5 Mrd. Euro	100 Mio. Euro
Start der Ausschreibung	26. Oktober 2021	März 2022
Einreichfrist	3. März 2022	Ende August 2022
Evaluierungsergebnisse	Juli 2022	Anfang 2023

Einreichung von Projekten:

Projekte können direkt über das "European Funding and Tenders Portal" unter

www.ec.europa.eu/info/funding-tenders/opportunities/portal/screen/programmes/innovfund eingereicht werden, dort werden auch alle relevanten Ausschreibungsunterlagen bereitgestellt.

Weitere Informationen:

Die Europäischen Kommission bietet auf ihrer Website weitere Informationen zum EU-Innovationsfonds sowie zur Einreichung von Projekten:

www.ec.europa.eu/clima/policies/innovation-fund_en

Newsletter des BMK:

Die Abteilung VI/7 des BMK bietet regelmäßige Updates über den EU-Innovationsfonds über ihren Newsletter an. Bei Interesse bitte um Zusendung einer E-Mail an vi-7@bmk.gv.at

Weitere EU-Programme
Weitere EU-Programme

WUSSTEN SIE, DASS ...

164,5 MILLIONEN EURO

... bisher von Betrieben im Jahr 2021 für klimafreundliche Projekte und Maßnahmen **investiert** wurden?

359 FÖRDERUNGSPROJEKTEN

... im Jahr 2021 bisher ein EU-kofinanzierter Förderungsbetrag in der **Höhe von 29 Millionen Euro zugesichert** wurde?

91.664 TONNEN CO2/JAHR

... mit den damit verbundenen Maßnahmen eingespart werden? Dies entspricht einer Menge von rund 40.000 Flugreisen 1 Person von Wien nach New York.

ANSPRECHPARTNERINNEN UND ANSPRECHPARTNER

FÜR FÖRDERUNGEN

Tel.: 01/31 6 31-DW

Funktion	Name	E-Mail	DW
	DiplKfm. Frank Hasselwander	f.hasselwander-kpc@kommunalkredit.at	178
Geschäftsführung	DI Christopher Giay	c.giay@kommunalkredit.at	370
	Mag. Gerlinde Mayerhofer-Fras	g.mayerhofer@kommunalkredit.at	580
Abteilungsleiterinnen und Abteilungsleiter	DI Wolfgang Diernhofer, MBA Internationales Consulting	w.diernhofer@kommunalkredit.at	411
	DI Christoph Prandstetten (Stv. Abteilungsleiter Internationales Consulting	c.prandtstetten@kommunalkredit.at	380
	Mag. Petra Fleischmann (Central Services)	p.fleischmann@kommunalkredit.at	292
	DI Dr. Klaus Frühmann (Klima & Umwelt)	k.fruehmann@kommunalkredit.at	332
	DI Dr. Katharina Hopfner-Sixt (Klima & Umwelt)	k.hopfner-sixt@kommunalkredit.at	245
	Katharina Colom, MSc (Stv. Abteilungsleiterin Klima & Umwelt)	k.colom@kommunalkredit.at	356
	DI Dr. Johannes Laber (Wasser & Altlasten)	j.laber@kommunalkredit.at	291
	DI Doris Pühringer (Wohnen & Energie)	d.puehringer@kommunalkredit.at	322
	Mag. Dr. Andreas Vidic (Wohnen & Energie)	a.vidic@kommunalkredit.at	249
	n und Experten beraten Sie direkt am Telefon und bea inreichung, Förderungsbedingungen sowie Endabrecl		men
Ontine-E	Serviceteam Erneuerbare Ressourcen	umwelt@kommunalkredit.at	719
	Serviceteam Energieeffizienz	umwelt@kommunalkredit.at	723
	Serviceteam Pauschalförderungen	umwelt@kommunalkredit.at	714
	Serviceteam Verkehr & Programme	umwelt@kommunalkredit.at	716
	Serviceteam Pauschalförderungen Verkehr	umwelt@kommunalkredit.at	713
Betriebliche Umweltförderung	Serviceteam Luft, Lärm und Abfall	umwelt@kommunalkredit.at	719
	Serviceteam LED	led@kommunalkredit.at	710
	Serviceteam Energiesparen	energiesparen@kommunalkredit.at	714
	Serviceteam Thermische Gebäudesanierung Einzelmaßnahme	sanierung@kommunalkredit.at	265
	Serviceteam E-Mobilität	e-mobilität@kommunalkredit.at	747
Umweltförderung für Private	Serviceteam Sanierungsscheck	sanierung@kommunalkredit.at	264
	Serviceteam Photovoltaik	pv@kommunalkredit.at	730
	Serviceteam Solaranlagen	solaranlagen@kommunalkredit.at	737
	Serviceteam "Raus aus Öl und Gas"	heizung@kommunalkredit.at	735
	Serviceteam E-Mobilität für Private	e-mobilitaet@kommunalkredit.at	733
Wasser	DI Andrea Hörtenhuber (Steiermark, Burgenland)	a.hoertenhuber@kommunalkredit.at	266
	DI Mag. Alexander Somer (Oberösterreich)	a.somer@kommunalkredit.at	290
	DI Stefan Heidler (Kärnten, Salzburg, Tirol, Vorarlberg, Wien)	s.heidler@kommunalkredit.at	410
	Ulrich Tschiesche, MSc (Niederösterreich)	u.tschiesche@kommunalkredit.at	218
	DI Dr. Johannes Laber (Forschung)	j.laber@kommunalkredit.at	360
	DI Stefan Heidler (Schutzwasserwirtschaft)	s.heidler@kommunalkredit.at	410
	DI Dr. Johannes Laber (Schutzwasserwirtschaft)	j.laber@kommunalkredit.at	360
	DI Bernhard Müller (Schutzwasserwirtschaft)	b.mueller@kommunalkredit.at	236
	DI Daniel Wiltschnigg (Schutzwasserwirtschaft)	d.wiltschnigg@kommunalkredit.at	341
Altlasten	DI Sebastian Holub (Niederösterreich, Oberösterreich, Tirol, Wien)	s.holub@kommunalkredit.at	225
	DI Moritz Ortmann (Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg, Vorarlberg, Burgenland)	m.ortmann@kommunalkredit.at	430
	DI Dr. Thomas Wirthensohn (Steiermark, Kärnten; Forschung)	t.wirthensohn@kommunalkredit.at	242

8 Wussten Sie, dass ... Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner

Ökoprojekt – Das Fachmagazin für Umweltförderungen Das Fachmagazin für Klima- und Umweltschutzmaßnahmen erscheint zweimal jährlich und ist kostenlos.

Einfach eine E-Mail an **kpc@kommunalkredit.at** unter Angabe Ihrer Postanschrift schicken und keine Ausgabe mehr verpassen!